

Mehr als dreißig Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung wird die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR oft noch immer auf getrennten Wegen erzählt und geschrieben. Viele historiographische Darstellungen verfolgen die westdeutsche Entwicklung über mehr als sieben Jahrzehnte bis in die Gegenwart und beziehen die ostdeutsche Perspektive, wenn überhaupt, erst für die Zeit nach 1990 ein. Gemeinhin wird die Historie der Bundesrepublik als die Geschichte einer erfolgreichen Stabilisierung und Liberalisierung präsentiert, die sich positiv von einer SED-Diktatur abhob, deren Herrschaft stets prekär blieb und am Ende als Kartenhaus in sich zusammenstürzte. In dieser Sichtweise ist die DDR eine historische Sackgasse, die nirgendwohin führt.

An einer derartigen Interpretation ist vieles richtig – nicht zuletzt der Umstand, dass von den beiden deutschen Staaten aus guten Gründen nur die Bundesrepublik Bestand hatte. Dennoch führt die Vorstellung von der DDR als totem Ast der deutschen Geschichte in die Irre. Schließlich werden Gegenwart und Zukunft des vereinigten Deutschlands nicht nur von der Vergangenheit der Bundesrepublik bestimmt. Sie werden auch von den spezifischen Erfahrungen, mentalen Prägungen und materiellen Hinterlassenschaften der untergegangenen DDR geformt – und von den spannungsreichen Wechselwirkungen historisch unterschiedlich gefärbter Ordnungsvorstellungen, Alltagswelten und Gefühlslagen in West und Ost.

Die doppelte Staatsgründung von Bundesrepublik und DDR, die sich 2024 zum fünfundsiebzigsten Mal jährt, bieten zusammen mit der Erinnerung an den Fall der Mauer vor dann 35 Jahren Anlass, neu darüber nachzudenken, wie das vereinigte Deutschland seine geteilte Vorgeschichte als kollektives Erbe und gemeinsame Herausforderung verstehen kann und wie sich daraus neue Maßstäbe für die deutsche Geschichte entwickeln lassen. Welche Verbindungen und Interaktionen zwischen den beiden deutschen Staaten und Gesellschaften bestanden nach 1949 fort? Welche Abstößungsreaktionen und Abgrenzungsbemühungen gab es, und welche Folgen hatten sie nach 1990? Welche Traditionsstränge aus der Zeit der Teilung wurden nach der Vereinigung fortgeschrieben, umgeschrieben oder überschrieben?

Als Ausgangshypothese lässt sich für das komplexe Verhältnis von Bundesrepublik und DDR ein Dreiklang von Konfrontation, Parallelität und Verflechtung diagnostizieren. Auf der Ebene der Weltanschauungen und politischen Systeme dominierte die Kontrastgeschichte von liberaler Demokratie und kommunistischer Parteidiktatur. Mit Blick auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse existierte eine Parallelogeschichte zweier moderner Industriegesellschaften im Wiederaufbau, die sich trotz der Gegensätze zwischen Markt- und Planwirtschaft mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert sahen und darauf unterschiedliche Antworten gaben. Zugleich blieben die Deutschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in einer zwischenmenschlichen Verflechtungsgeschichte weiterhin vielfältig aufeinander verwiesen: durch familiäre Bindungen, berufliche Kontakte und einen gemeinsamen Erfahrungsraum von Kultur und Medien.

Gut beobachten lässt sich die Ausprägung gegensätzlicher Wertvorstellungen, gleichgerichteter Entwicklungen und weiterhin eng aufeinander bezogener Geschichte am Beispiel der Repräsentationsbauten beider deutscher Staaten. Auf dem Feld von Stadtplanung und Architektur werden auch die Überlagerung unterschiedlicher Zeitschichten und die Möglichkeiten zur Umfunktionierung überkommener Substanz deutlich – schließlich brachte der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 Regierung und Parlament der Bundesrepublik, die ihr Gepräge am Rhein erfahren hatten, an einen Ort, der in der Vergangenheit erst Hauptstadt des Deutschen Reiches und dann der DDR gewesen war. Die bauliche Verfassung der Berliner Republik, so ließe sich argumentieren, ist somit nicht zuletzt das Ergebnis einer Fusionierung von Denkweisen und Stilelementen der Bonner Republik mit den materiellen und mentalen Hinterlassenschaften der beiden deutschen Diktaturen.

Die Anfänge der Bonner Regierungsbauarchitektur waren dabei zunächst nicht mehr als Notbehelfe. Viele Ämter und Ministerien wurden in ehemaligen Kasernen untergebracht. Bonn war als preußisch-deutsche Wacht am Rhein seit 1815 eine Garnisonsstadt mit Militärquartieren gewesen. Nach der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches konnten sie als provisorische Unterkünfte für Politiker und Beamte dienen. Bei exponierten Institutionen achtete man auf eine zivile Umgebung. Der Festakt zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Frühjahr 1948 fand zwischen ausgestopften Löwen und Giraffen im Naturkundemuseum statt. Das Palais Schaumburg, wo das Bundeskanzleramt Quartier bezog, und die Villa Hammer-schmidt als Dienststutz des Bundespräsidenten – die beiden schönsten Wohngebäude, die nach Kriegsende in Bonn zur Verfügung standen – waren eher große Villen als Schlösser. Selbstbescheidung und demonstrative Demut waren in der Not der Nachkriegszeit durchaus eine Tugend.

Die Praxis der Provisorien hatte zur Folge, dass es keine Konzentration in einem Regierungsviertel gab. Ministerien und Ämter waren in Bonn über das gesamte Stadtgebiet verstreut. Die Beamten



Wandel und Fortsetzung: Der Reichstag und das neue Regierungsviertel an der Spree am 9. Juni 1999

Foto Frank Roth

Auferstanden aus Ruinen

Formalistische Gebäude und stillose Betonklötze da, seelenloser Protz und Kulissenarchitektur dort – die symbolische Signatur der deutschen Staatsarchitektur nach 1945 ist ein Schlüssel zum Verständnis der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR. Und des wiedervereinten Deutschlands ohnehin. Von Professor Dr. Dominik Geppert

des Verkehrsministeriums waren auf 16 Gebäude verteilt. Zwischen dem Innenministerium und dem Wohnungsbauministerium lagen zwanzig Kilometer Straße und vierzig Minuten Fahrzeit, teilweise durch enge Gassen. Wo man neu baute, fiel die Wahl auf kostengünstige, funktionale und bewusst sachliche Lösungen. Das Parlament zog in die ehemalige Pädagogische Akademie, die 1930 bis 1933 im Bauhausstil errichtet worden war und nun nach Plänen des Architekten Hans Schwippert umgebaut wurde. Funktionalität, Zurückhaltung und Transparenz waren die Leitideen. Die Formensprache der internationalen Moderne signalisierte den Bruch mit der NS-Vergangenheit. Sie war Westbindung und Wiedergutmachung in einem. Schließlich hatte der Nationalsozialismus eine Vorliebe für neoklassizistische Formen besessen und die Bauhausarchitektur als „Baubolschewismus“ denunziert.

Zugleich hob sich die Bonner Republik mit ihrer modernen Architektur demonstrativ von der „Ostzone“ ab. Dort wurden die neuen Ministerien und Ämter zwar ebenfalls in Altbauten untergebracht, die den Krieg überstanden hatten oder nordtümlich wiederhergestellt wurden. Zugleich aber entwickelte das SED-Regime ein Gesamtkonzept zur architektonischen Selbstdarstellung im Zentrum Ostberlins: Zentralisierung, Monumentalität statt Sachlichkeit und große freie Plätze für Massenaufmärsche nach sowjetischem Vorbild waren das Gebot der Stunde, etwa auf dem Gelände des Stadtschlösses, dessen Überreste die DDR-Führung gesprengt hatte – nicht ohne den Hinweis, dass es von amerikanischen Bomben in Schutt und Asche gelegt worden war. In der Sowjetunion sei man gegen die englisch-amerikanische Theorie der „aufgelösten“ Stadt, schrieben sowjetische Baufunktionäre 1950 einer Delegation ostdeutscher Stadtplaner ins Stammbuch. Diese sei unwirtschaftlich und nicht gegen Luftangriffe gesichert, sie isoliere den Arbeiter und mache ihn zum Kleinbürger.

Das architektonische Leitbild des sozialistischen Klassizismus, wie es in der Stalinallee in Friedrichshain zum Ausdruck kam, orientierte sich an Moskauer „Wohnpalästen“ der 1930er-Jahre und schmückte diese bei der Fassadengestaltung mit Zitaten des Berliner Klassizismus aus. Die monumentalen Repräsentationsbauten beherbergten bewusst keine staatlichen Stellen, sondern stellten helle, komfortable Wohnungen für die werktätige Klasse als den neuen Herren im Arbeiter- und Bauernstaat bereit. Diese sollte eben nicht – wie Kleinbürger – in die Vorstädte abgedrängt werden, sondern im Zentrum „ihrer“ Hauptstadt wohnen. Die architektonische Botschaft verband das Vorbild Sowjetunion mit Traditionen einer „deutschen“ Architektur, die auf das offiziell fortbestehende politische Ziel der nationalen Einheit verwies

und sich zugleich von der amerikanisch inspirierten Moderne in Westberlin und der Bundesrepublik absetzte.

Der Aufbau der Regierungszentralen in Bonn und Ostberlin verlief spiegelverkehrt. Das SED-Regime besaß große Pläne für die bauliche Repräsentation des Arbeiter- und Bauernstaates, aber es mangelte an Mitteln, sie zu realisieren. Für ein monumentales Regierungshochhaus fehlte ebenso das Geld wie für ein später projektiertes gigantisches Marx-Engels-Denkmal. In der Bundesrepublik hingegen waren die materiellen Möglichkeiten bald vorhanden. Da man jedoch an der Vorstellung von Bonn als einem Provisorium festhielt und die Hoffnung auf eine rasche Wiedervereinigung nicht aufgab, mangelte es an politischem Willen dazu, die Stadt am Rhein zur Regierungszentrale auszubauen.

Beide Seiten deuteten ihre Enthaltensamkeit bei der Errichtung von Staatsbauten als Tribut an den Gedanken eines fortbestehenden Gesamtdeutschlands und schoben der jeweils anderen Seite die Schuld an der Teilung zu. Die bauliche Konfrontationspolitik beruhte auf Gegenseitigkeit. Der Osten warf dem Westen vor, „formalistische“ Gebäude aus „stilllosen Betonklötzen“ zusammenzuwerfen. Die westliche Seite kontierte mit dem Vorwurf des „seelenlosen Protzes“ und der „Kulissenarchitektur“. Wer die symbolische Signatur der deutschen Staatsarchitektur in ihrer historischen Entwicklung nach 1945 entschlüsseln will, der muss auch diesen architektonisch-städtebaulichen Dialog betrachten, der zwischen Bundesrepublik und DDR geführt wurde.

Zur Frontstellung gegenüber dem Osten gehörte es, die Bedeutung Berlins als Hauptstadt und Ort nationaler Identität herauszustreichen. Als sich der Bundestag 1955 erstmals zu einer Plenarsitzung in Westberlin versammelte, beschlossen die Abgeordneten den Wiederaufbau des zerstörten Reichstagsgebäudes und den Bau eines Regierungsviertels im Bezirk Tiergarten. Im Jahr darauf entschied das Parlament sogar, keine weiteren Bundesbauten in Bonn zu errichten, um Berlin den Rang als deutsche Hauptstadt nicht streitig zu machen. 1957/58 lobte man einen internationalen Wettbewerb zum Ausbau der „Hauptstadt Berlin“ aus, der getreu dem westdeutschen Alleinvertragsanspruch auf ganz Berlin zielte. Die DDR reagierte 1958/59 mit einem Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung ihrer Hauptstadt, der sich auf die östliche Hälfte der Stadt beschränkte und Westberlin als „selbständige politische Einheit“ ausklammerte.

Bonn galt lange Jahre als „Wartesaal für Berlin“, wie es John le Carré in seinem Spionagethriller „Eine kleine Stadt in Deutschland“ süffisant formulierte: „ein metaphysischer Flecken“ irgendwo

„zwischen der jüngst vergangenen Zukunft und der nicht so weit zurückliegenden Vergangenheit“. Zugleich wuchs das Unbehagen an der bestehenden Situation. Nachdem sich die Hoffnungen auf eine rasche Wiedervereinigung nicht erfüllt hatten, äußerten Regierung und Parlament eines seit 1955 wieder (fast) souveränen Staates mit einer prosperierenden Wirtschaft und einer kritischer werdenden Gesellschaft steigende Ansprüche. Mehr als 200 Abgeordnete besaßen kein eigenes Büro. Aktenschränke verstopften die Flure. Es sei ein „Alarmzei-



chen für die Demokratie“, befand der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt 1960, wenn „der Fanatismus einer angeblichen Sparsamkeit“ zu der Ansicht führe, dass es der Gesellschaft „nicht wert sei, sich in Bauten Organe zu geben“. Eine funktionierende Demokratie benötige „Werke der Baukunst“.

Mit konkreten Plänen musste der Bund allerdings vorsichtig sein, da er wegen des 1956 verhängten Baustopps keine neuen Bauten in Bonn errichten durfte. Die ersten Gespräche, zu denen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) 1962 einen Expertenrat zusammenholte, blieben geheim. Erst Anfang der 1970er-Jahre entfiel die Notwendigkeit zum Versteckspiel, weil die von Willy Brandt (SPD) geführte sozialliberale Bundesregierung im Zuge ihrer Entspannungspolitik auf demonstrative Bundespräsenz an der Spree verzichtete. Der Berlin-Komplex scheinbar überwunden, hieß es in der Presse, „vom Provisorium Bonn ist keine Rede mehr“.

Die versprengten Ministerien und Ämter wollte man nun in einem verdichteten Regierungsviertel mit Bürohochhäusern auf beiden Seiten des Rheins zwischen Bonn und Bad Godesberg zusammenführen. Ziel war eine Reurbanisierung durch Verdichtung, gleichsam als baulicher Ausdruck einer von Planungsglauben und Modernisierungsoptimismus geprägten Zeitstimmung.

In ihrer Machbarkeits euphorie unterschied sich die Bundesrepublik nicht wesentlich von der DDR. Allerdings fand die Aneignung moderner Architektur in Ostdeutschland mit Verspätung statt, nämlich erst nach der Absicherung des Regimes durch den Mauerbau. Nicht zuletzt der 1976 eröffnete Palast der Republik auf dem Gelände des gesprengten Stadtschlösses in der alten Berliner Mitte markierte einen Bruch mit der stalinistischen Tradition. Die leere Mitte der Hauptstadt des Arbeiter- und Bauernstaates wurde nicht, wie ursprünglich ge-

plant, durch ein Regierungshochhaus als Machtzentrale von Staat und Partei gefüllt, sondern durch ein sozialistisches Kulturzentrum. Es diente der DDR-Volkshochschule als Versammlungsort und wurde zudem als Kongresshalle für Propagandaveranstaltungen sowie als Kultur- und Begegnungsstätte mit Ausstellungs- und Veranstaltungsräumen, Restaurants und weitläufigen Foyers genutzt. Insofern versinnbildlichte der Bau, der eine Art Gegenentwurf zum Bonner Bundestag darstellte, den Übergang von den brutaleren Formen der kommunistischen Parteidiktatur in der Ulbricht-Ära zur stärker verdeckten Repression in der Ära Honecker.

Nicht allein gefiel die Formensprache der modernen Architektur. Mit szenischen Wandmosaiken mühte man sich in der DDR, der deutungs-offenen Projektionsfläche zeitgenössischer Architektur eine ausdrücklich sozialistische Botschaft hinzuzufügen. Skepsis gegenüber der kulturellen Moderne gab es auch in Bonn. Sep Rufs transparenter Kanzlerbungalow im Park des Palais Schaumburg galt einigen als „Mahnmahl der Häßlichkeit“, anderen als „Kreuzung aus Aquarium und amerikanischem Drugstore“.

Eine andere Stoßrichtung hatte Jahre später die Kritik aus der Bonner Stadtgesellschaft, die um ihre Lebensqualität fürchtete und Sorge hatte, die Kosten für das neue Regierungsviertel könnten explodieren. Man verhöhnte die Ausbaupläne als „Klotz am Rhein“ und gründete Bürgerinitiativen, um sie zu verhindern. „Wir wollen kein Manhattan am Rhein“, hieß es in einer Resolution.

Der Bürgerprotest hatte Erfolg. Ein modernes, hoch technisiertes Regierungsviertel in den Flussauen blieb Planungstop. Statt eines Gürtels von Hochhäusern wurde ein weitläufiger Park angelegt. Befürworter der „grünen Mitte“ sahen im Konzept des Freiraums das Symbol einer liberalen Demokratie, die starr platzierten und Repräsentationspflichten hinter sich gelassen habe. Kritiker hingegen spotteten über „Politik in floralem Idyll“, die Gestaltungswillen vermissen lasse.

Von den ursprünglich geplanten Neubauten für Bundestag und Bundesrat blieb am Ende nur ein neuer Plenarsaal übrig. Er avancierte ungewollt zum staatsarchitektonischen Schlusspunkt der Bonner Republik, weil in der Bauphase zwischen 1987 und 1992 die Mauer fiel, die DDR unterging, die beiden deutschen Staaten vereinigt und die Entscheidung für einen Umzug an die Spree getroffen wurden. Der alte Plenarsaal von 1949 hatte nach einer Intervention Adenauers die traditionelle Sitzordnung des Berliner Reichstags beibehalten: ein Halbrund der Parlamentarier, gegenüber leicht erhöht die Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates. Günter Behnisch griff als Architekt des neuen Saals Schwip-perts ursprünglichen Gedanken auf und

ordnete die Sitze im Plenum kreisrund an. Die Neugestaltung spiegelte Verschiebungen im parlamentarischen und staatlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik wider: Dialog und Gleichberechtigung hatten an Wertschätzung gewonnen, das Gegeneinander von Regierung und Parlament galt als Erbe des Obrigkeitstaats.

Zusätzlich waren im Neuordnungskonzept der 1980er-Jahre neben einer Bundeskunsthalle auch eine Zentrale Mahn- und Gedenkstätte sowie ein „Haus der Geschichte“ als Museum der Entwicklung der Bundesrepublik vorgesehen. Der kulturelle Anspruch und das Bewusstsein für die eigene Geschichte wiesen auf eine intellektuelle Selbstanerkennung der Bonner Republik hin, die mehr war und sein wollte als ein Provisorium. Das SED-Regime reagierte auf die Bonner Überlegungen mit der Konzeption eines „Museums für Geschichte der DDR“. Es sollte 1994 seine Pforten öffnen, um „der Verbreitung reaktionärer Ideologien über die Geschichte des deutschen Volkes und die Nachkriegsentwicklung in beiden deutschen Staaten“ entgegenzutreten, wie es in einem Entwurf von 1987 hieß.

Dazu ist nicht mehr gekommen. Zwei Jahre später fiel die Mauer, und ein weiteres Jahr darauf war die DDR selbst Geschichte. Dennoch erinnern die Zwillingprojekte des (verwirklichten) Hauses der Geschichte in Bonn und des (nicht realisierten) Museums der DDR daran, wie weit die Herausbildung distinkter Identitäten in den beiden deutschen Staaten Ende der 1980er-Jahre vorangeschritten war. Auf eine mental noch stark gesamtdeutsch geprägte Epoche in den 1950er-Jahren folgte die zunehmende Akzeptanz einer dauerhaften Teilung, die in den 1960er-Jahren mit schlechtem Gewissen verheimlicht, in den 1970er-Jahren selbstbewusst artikuliert und in den 1980er-Jahren architektonisch gleichsam in Beton gegossen wurde.

33 Jahre nach der unverhofften Einheit finden sich in der Staatsarchitektur der deutschen Hauptstadt sowohl Brüche als auch Kontinuitäten. Das Regierungsviertel rechts und links der Spree breitet sich in einem verdichteten Großstadtraum aus, der in deutlichem Kontrast zur Bonner Rheinauenidylle steht. Man muss nicht gleich an die nie verwirklichten Pläne für das Regierungshochhaus aus der Frühphase der DDR denken, um zu bemerken, dass beispielsweise das Berliner Bundeskanzleramt – schon vor der geplanten Erweiterung – Ausmaße hat, wie man sie im Bonner Regierungsviertel nicht vorfindet. Gerade ausländische Beobachter haben genau registriert, dass sich die vereinigten Deutschen im Übergang von der Bonner zur Berliner Republik postnationalen Bekenntnissen zum Trotz die klassische Hauptstadt eines klassischen Nationalstaats schufen – bauliche Attribute von Pathos, Macht und Größe wie das wiedererrichtete Hohenzollernschloss inklusive.

Es gibt freilich auch architektonische und stadtplanerische Traditionslinien, die Bonn und Berlin verbinden. Dazu gehören etwa die weitläufigen Grünflächen, in welche die Regierungs- und Parlamentsbauten in der Millionenstadt Berlin eingebettet sind. Die in den 1980er-Jahren begonnene Debatte über eine Zentrale Mahn- und Gedenkstätte führt ebenfalls von Bonn nach Berlin: zunächst zur Neuen Wache Unter den Linden, die seit 1993 als Zentrale Gedenkstätte an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft erinnert, später zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das 2005 nach kontroversen Debatten in der historischen Mitte Berlins eingeweiht wurde und die Zentralität der NS-Verbrechen für das nationale Selbstverständnis der Deutschen versinnbildlicht. Im wiedererrichteten Hohenzollernschloss schließlich beheimatet das Humboldt-Forum denkbar unmillitäristisch und in bester Zivilmacht-Tradition unter anderem ein Ethnologisches Museum und ein Museum für Asiatische Kunst.

Die gläserne Kuppel, mit der Norman Foster den Umbau des Reichstags – nicht ganz freiwillig, sondern auf nachdrücklichen Wunsch des Bundestages – gekrönt hat, ist beides zugleich: Wandel und Fortsetzung. Zum einen hat der Architekt damit eine Form in das Ensemble der Regierungs- und Parlamentsgebäude der deutschen Hauptstadt eingeführt, oder besser: wieder etabliert, die in besonderer Weise für Hoheit und Würde steht und die man in Bonn vergebens sucht. Auf der anderen Seite schlägt die Kuppel mit der demonstrativen Betonung von Transparenz und Offenheit auch einen architektonischen Bogen vom Rhein an die Spree. In ihrer Amalgamierung älterer und jüngerer Traditionslinien, kombiniert mit neuester Bautechnik, ist die Glaskuppel daher vielleicht das passende Sinnbild für die bauliche Verfassung der Berliner Republik – und das an einem Standort, an dem zuvor jahrzehntelang die Mauer Ost und West voneinander trennte.

Der Verfasser lehrt Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam und ist Präsident der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Der Essay bildet den Auftakt einer Serie, die bis weit in das kommende Jahr hinein den vielen Facetten der Geschichte des vereinten Deutschlands und seiner geteilten Vorgeschichte Gewidmet ist.